

Positionspapier der FDP Hagen zum Thema Migration

Hagen kann mehr.

Problembeschreibung

Hagen ist eine traditionsreiche Einwanderungsstadt. Wir sind stolz auf unsere multikulturelle Stadtgesellschaft und setzen uns dafür ein, diese Vielfalt zu erhalten und zu fördern. In den vergangenen 15 Jahren hat sich jedoch im Bereich Migration ein Ungleichgewicht entwickelt, das in Teilen zur Zunahme von Kriminalität beigetragen, den sozialen Zusammenhalt gefährdet und zur sozialen Abwärtstendenz ganzer Stadtviertel geführt hat.

Dabei ist es keine Stigmatisierung, sondern eine sachliche Feststellung, dass diese Entwicklungen in erheblichem Maße auf die sogenannte Armutsmigration aus EU-Staaten, insbesondere aus Südosteuropa, zurückzuführen sind. Die klassischen Integrationsmaßnahmen, bei denen Hagen bislang gut aufgestellt war, greifen in diesem Kontext oft nicht oder nur unzureichend. Die Zahl der Zugezogenen aus diesem Umfeld ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen – stärker als im Vergleich zu anderen Großstädten in Nordrhein-Westfalen.

Darüber hinaus wird der städtische Haushalt durch die Inanspruchnahme sozialer Leistungen erheblich belastet. Aus diesem Grund besteht auch seitens der Stadt Hagen ein dringendes Interesse, dieser Entwicklung mit wirksamen und nachhaltigen Maßnahmen entgegenzuwirken.

Zielsetzung

Ziel ist es, einer weiteren Ausweitung von Armutsmigration nach Hagen wirksam vorzubeugen und idealerweise die Zahl der betroffenen Personen zu verringern. Alternativ sollen Zugewanderte in die Lage versetzt werden, durch Aufnahme regulärer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen ihren Lebensunterhalt eigenständig zu sichern und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe beizutragen.

Maßnahmen

1. Rückbau von Problemimmobilien: Konsequente Fortführung des Rückbaus sogenannter Schrottimmobilien, insbesondere durch gezielte Akquise von Fördermitteln des Landes NRW.
2. Vorgehen gegen verantwortungslose Vermieter: Ausschöpfung aller rechtlich verfügbaren Mittel gegenüber Vermietern, die ausbeuterische oder unhaltbare Wohnverhältnisse ermöglichen – z. B. durch Ersatzvornahmen, Bußgeldbescheide und weitere rechtliche Schritte.
3. Verstärkte Kontrollen und Integrationsdruck: Ausweitung der Kontrollen in bekannten Objekten. Ziel ist es, durch klare Anforderungen an Integrations- und Arbeitsbereitschaft entweder eine positive Entwicklung oder eine geordnete Abwanderung zu bewirken. Dabei steht neben dem Stopp weiterer Zuzüge auch die Reduzierung bestehender problematischer Strukturen im Fokus.
4. Durchsetzung der Schulpflicht: Konsequente gemeinsame Kontrollen durch Ordnungsamt und Polizei zur Sicherstellung der Schulpflicht, insbesondere in Innenstadtbereichen und bekannten Brennpunkten.

5. Verbindliche Sprach- und Integrationskurse: Deutliche Ausweitung verpflichtender Sprach- und Integrationsangebote, mit besonderem Fokus auf Vorschulkinder. Hierzu gehört auch die konsequente Einforderung von Landesunterstützung. Schulärztliche Untersuchungen und verbindliche Nachverfolgung müssen intensiviert werden. Niedrigschwellige, freiwillige Angebote haben sich in diesem Kontext als wenig wirksam erwiesen.
6. Strengere Kopplung von Sozialleistungen an Arbeitsbereitschaft: Der Gesetzgeber muss Pull-Faktoren reduzieren und Missbrauchsmöglichkeiten einschränken. Die Einreise im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss an die realistische Fähigkeit geknüpft werden, kurzfristig den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Entsprechende gesetzgeberische Änderungen auf Bundesebene müssen beschlossen werden.
7. Effizienter Datenaustausch der Behörden: Ein reibungsloser und rechtssicherer Datenaustausch zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden ist unerlässlich. Der Missbrauch von Sozialleistungen – insbesondere von Bürgergeld und Kindergeld – muss durch eine abgestimmte Zusammenarbeit wirksam unterbunden werden. Bestehende Projekte wie MISSIMO sind ein erster Schritt, reichen jedoch bei Weitem nicht aus.
8. Kommunale Bündnisse auf Landes- und Bundesebene: Städte, die in besonderem Maße mit den Herausforderungen der Armutsmigration konfrontiert sind, sollten sich – analog zum Bündnis „Die Würde der Städte“ – zusammenschließen, um gemeinsam mit Nachdruck notwendige gesetzliche Anpassungen gegenüber Bund und Ländern einzufordern.